



Friedhelm Hengsbach SJ

Gegen den Terrorismus ist pragmatischer Pazifismus die beste Alternative

In: Aachener Nachrichten, 17. Juni 2017, S. 4.

„70 Jahre Frieden in Europa“: eine gute Nachricht der Staats- und Regierungschefs der EU in der „Erklärung von Rom“ Ende März. Auch wenn die gewaltsamen Konflikte im Baskenland, in Irland, auf Zypern und im Kosovo übertüncht blieben.

Im europäischen Alltag wurde und wird eine andere Debatte geführt: „Der Einsatz der Bundeswehr am Horn von Afrika diene auch dem Ziel, die Wege der Rohstoffversorgung für Deutschland zu sichern“. „Die Demokratie in Deutschland werde am Hindukusch und im Nordirak verteidigt“. „Deutschland müsse mehr internationale Verantwortung übernehmen“. Und Kommissionspräsident Juncker präsentiert gerade ein Papier, wie der europäische Zusammenhalt durch eine Verteidigungsunion vertieft werden könne, so dass die EU eine „Militärmacht“ wird.

„Die deutsche Bevölkerung hat ein ausgesprochenes Sicherheitsbedürfnis, auf das die Politik reagieren müsse“, erklären seit einiger Zeit angesehene Abgeordnete des Bundestags. Aber um welche Sicherheit sorgen sich die Menschen? Welche Schlüsse zieht daraus die politische Klasse? Die Bürgerinnen und Bürgern empfinden wohl eher die alltäglichen Risiken, dass in ihre Wohnung oder in das Ferienhaus am See eingebrochen wird, oder dass sie im Dunkeln an der Haltestelle bedroht werden. Die Politiker dagegen beobachten die aggressive Gewalt in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU oder die kriegerischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Die USA haben nach dem terroristischen Anschlag im September 2001 die Welt mit einer wahnhaften Kriegsrhetorik, mit militärischen Interven-

tionen, Luftangriffen und Bodenkriegen überzogen. Jetzt beteiligt sich auch die NATO, die nordatlantische Staaten gegen äußere Feinde verteidigen soll, an der Sicherheitslogik der USA. Die Bundeswehr spielt mit, wenn über die Gegengewalt gegen den sogenannten internationalen Terrorismus entschieden wird - mit oder ohne Mandat der Vereinten Nationen. Ursprünglich sollte sie das Land gegen Angreifer aus Osteuropa verteidigen.

Der Begriff der Sicherheit zeigt ein „asoziales“ Verhältnis an, eine individuell oder kollektiv gefühlte Bedrohung durch einen imaginären Feind oder einen Angreifer, der mental als real existierend umgedeutet wird. Frieden bezeichnet dagegen ein „soziales“ Verhältnis, das weit mehr meint als die Abwesenheit personeller und struktureller Gewalt, nämlich den wechselseitigen Respekt gegenüber dem jeweils Fremden, der nicht als bloßes Mittel zum eigenen Vorteil, sondern immer zugleich als Zweck in sich selbst angesehen wird. Entsprechend der begrifflichen Dualität behaupten angebliche „Realpolitiker“, dass eine Politik der militärisch basierten Sicherheit zwischen dem faktisch letzten Schuss der Ost/West-Konfrontation und dem möglichen ersten Schuss neuer Kriege „alternativlos“ ist. Pazifistischer Idealismus dagegen sei völlig unangemessen oder gar therapiebedürftig. Aber die angebliche Realpolitik ist auch bloß ein subjektives Deutungsmuster politischer Eliten, die für sich die gesellschaftliche Lufthoheit beanspruchen.

Aus der Einsicht heraus, dass die mehr als zweitausend Jahre vertretene Lehre vom gerechten Krieg nicht mehr überzeugt, haben die beiden Großkirchen in Deutschland für das Leitbild eines „gerechten Friedens“ geworben. Mit jedem Anschlag in europäischen Metropolen und dem darauf folgenden Trauerritual ist erkennbar geworden: Terroristische Gewalt, die politische Ursachen hat, lässt sich weder durch die trotzig-Weigerung, unsere freiheitlichen Lebenskultur einzuschränken, noch durch staatlich hochgerüstete Gegengewalt beseitigen, schon gar nicht, indem Attentäter hingerichtet oder durch verweigerte Bestattung entwürdigt werden. Die biblische Mahnung klingt realistisch: Wer zum Schwert greift, kommt durch das Schwert um. Es macht Sinn, Schwerter in Pflugscharen zu konvertieren.

Das Leitbild: „Gerechter Friede“ enthält die Option, Gewalt zu vermeiden und vor Gewalt zu schützen, die Freiheit zu einem Leben in Würde zu achten, sozio-ökonomische Ungleichheiten abzubauen und kulturelle Vielfalt zu respektieren. Daraus folgt: Der Umgang mit Konflikten, der Gewalt vermeidet, hat Vorrang. Die Anwendung militärischer Gewalt ist grundsätzlich verboten. In extremen Situationen, um verfolgte und bedrohte Menschen zu schützen, sind elementare Normen der Gerechtigkeit höher zu gewichten als der grundsätzliche Gewaltverzicht.

Die Dokumente der Kirchen nähern sich den Positionen eines „pragmatischen Pazifismus“: Dieser rechnet mit extremen Situationen, da zwischen Gewaltverzicht und Gewaltanwendung entschieden werden muss. Die Situation sollte jedoch vorrangig so gedeutet werden, dass friedliche Auswege plausibel bleiben, friedfertige Alternativen („Was wäre, wenn?“) gesucht werden, und dass der Blick für unkontrollierbare, irreversible Folgen einer militärischen Intervention geschärft wird.